

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wird sich die französische Wirtschaftspolitik ändern? Drei Interviews mit französischen Wirtschaftlern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Wird sich die französische Wirtschaftspolitik ändern? Drei Interviews mit französischen Wirtschaftlern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 7, pp. 3-4

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131334>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wird sich die französische Wirtschaftspolitik ändern?

Drei Interviews mit französischen Wirtschaftlern

Die im Juni erfolgte Neuwahl des französischen Parlamentes veranlaßt alle Parteien und Wirtschaftsgruppen, ihre Wirtschaftspolitik zu überdenken und mehr oder weniger einheitliche und klare Programme für die nächste Zukunft aufzustellen. Es ist zu früh, um auch nur ungefähr vorausszusehen, in welcher Weise die Verschiebung des politischen Schwerpunktes nach der Mitte und nach der konservativen Rechten hin die zukünftige Wirtschaftspolitik des Landes beeinflusst, zumal auch in der Vergangenheit sich keine klare Linie herausarbeiten ließ. Man muß sich daher zunächst mit allgemeinen Überblicken begnügen. Die drei folgenden Interviews mit autorisierten Sprechern der Gewerkschaftsbewegung, der Landwirtschaft und der Unternehmer wollen in diesem Sinne verstanden werden.

Das erste Interview wurde unserem Pariser Mitarbeiter von Maurice Bouladoux, Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsverbandes (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens) gewährt, d. h. von der zur Zeit einflußreichsten und bedeutendsten nichtkommunistischen französischen Gewerkschaftsgruppe, das zweite von Philippe Lamour, Generalsekretär des die gesamte Bauernschaft erfassenden Landwirtschaftsverbandes (Confédération Générale de l'Agriculture) und das dritte schließlich von Georges Villiers, Präsident des französischen Unternehmerverbandes (Conseil National du Patronat Français). Diese Äußerungen verantwortlicher Wirtschaftler zeigen, wie stark das Moment der wirtschaftlichen Sicherung auch für alle künftigen intereuropäischen Gespräche bestimmend sein wird.

Interview mit dem Generalsekretär der Christl. Gewerkschaften

Frage: Halten Sie eine wirtschaftspolitische Wendung für möglich?

Antwort: Ein Land, das seinen Wiederaufbau fortsetzen muß, das seine wirtschaftliche Ausrüstung fertigstellen soll und das außerdem die Lasten seiner Verteidigung zu tragen hat, kann nicht ohne weiteres den Liberalismus hinnehmen. Diese Tatsache ist so unbestreitbar, daß selbst in den USA., die man uns als Musterbeispiel des Liberalismus hinstellt, der Staat mit Energie alle Kommandohebel der Wirtschaft in die Hand genommen hat. Wir haben alle Veranlassung zu glauben, daß die „liberalistische Welle“, die man uns in Aussicht stellt, nichts anderes ist als eine besonders gegen die Verstaatlichungen und die soziale Sicherheit gerichtete „reaktionäre Welle“. Wir erachten jedoch die Verstaatlichungen und die soziale Sicherheit als zwei wesentliche Errungenschaften, die wir mit all unseren Kräften verteidigen werden.

Frage: Wie stellen Sie sich die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung vor?

Antwort: Wir glauben an den Wert einer wirtschaftlichen und berufsmäßigen Organisation, innerhalb

der die repräsentativen Vertretungen der großen Interessengruppen frei handeln und die der Staat nur soweit beeinflusst, wie es für die allgemeine Wirtschaftspolitik und für die Bewahrung des Gemeinwohles erforderlich ist, in Verteidigung gegen etwaige unmoralische Zusammenschlüsse zu Ungunsten des gesamten Volkes. Diese paritätische Berufsorganisation, in der teilweise auch die Verbraucher zu Worte kommen sollen, hat nichts gemein mit dem faschistischen Korporativismus. Sie hat ihre Grundlage in der Vereinsfreiheit und in dem Recht auf eine frei ausgewählte Vertretung und Willensgebung.

Frage: Bejaht Ihre Organisation den Schumanplan?

Antwort: Wir begrüßen jede europäische Marktvereinheitlichung, müssen jedoch an die Verteidigung der sozialen Interessen unserer Mitglieder denken. Die Vollbeschäftigung ist auf jeden Fall zu gewährleisten, ebenso wie die Aufrechterhaltung des teilweise fortschrittlicheren französischen Sozialversicherungssystems. Wir kennen die in dieser Beziehung innerhalb der

Arbeiterschaft über jede politische Beeinflussung bestehenden Befürchtungen. Es entspricht dem allgemeinen Interesse, sie in positivem Sinne zu entkräften. Außerdem wünschen wir innerhalb der zu schaffenden europäischen Einrichtungen ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht für die Arbeitnehmer, deren Vertreter nicht nur über beratende Funktionen verfügen dürfen.

Frage: Ist der gaullistische Gedanke der Assoziation von Kapital und Arbeit Ihrer Ansicht nach ein Beitrag zu der Lösung des sozialen Problems?

Antwort: Bevor wir dazu Stellung nehmen können, müssen wir erst einmal wissen, was darunter genau zu verstehen ist. General de Gaulle und seine Mitarbeiter sind über allgemeine Versicherungen nie hinausgegangen. Mit Wahlschlagworten kann man die soziale Struktur eines Landes nicht verändern. Wir sind selbstverständlich für eine weitgehende Betriebsreform, die sich jedoch nicht auf mehr oder weniger bedeutende Änderungen in Einzelbetrieben beschränken kann, sondern in erster Reihe eine allgemeine Reform der gesamten Wirtschaftsstruktur voraussetzt.

Interview mit dem Generalsekretär des französischen Landwirtschaftsverbandes

Frage: Welche unmittelbaren Folgen ergeben sich für die Landwirtschaft aus den Wahlen?

Antwort: In der neuen Nationalversammlung ist das bäuerliche Element wesentlich stärker vertreten. Es kann daher unabhängig von der politischen Einstellung der Abgeordneten ein größeres Verständnis für die Angelegenheiten der Landwirtschaft erwartet werden. Das ist erfreulich und unbedingt erforderlich, denn die zu lösenden Probleme sind von schicksalhafter Schwere. Die Gesteungskosten der Landwirtschaft steigen mit der internationalen Preisentwicklung, während der Absatz in enger Beziehung zu der ohne Inflationsgefahr nur schwer ausdehnbaren Kaufkraft der Massen steht. Mit einer Preiserhöhung ist der Landwirtschaft wenig gedient, wenn sie damit rechnen muß, daß die Masse der Verbraucher als Folge davon ihren Bedarf einschränken muß. Wieder einmal sucht die Landwirtschaft in Frankreich ihren Platz zwischen der ihrer Ansicht nach zu egoistisch denkenden Industrie und der städtischen Arbeiterschaft, die allzu oft im Bauern einen wirtschaftlichen Gegner sieht.

Frage: Wie beurteilen Sie die Lösungsmöglichkeiten dieser Probleme?

Antwort: Da wir die internationale Preisentwicklung nicht beeinflussen können und noch weniger in der

Lage sind, in der Welt das erforderliche Klima des Friedens und des Vertrauens herzustellen, besteht die einzige Lösung in einer dauernden Verringerung der Gesteungskosten durch Steigerung der Produktion. Gleichzeitig müssen aber die Bauern die Gewißheit haben, daß sie ihre Waren auch regelmäßig zu ausreichenden Preisen verkaufen können. Eine derartige Politik setzt ausreichende Kredite für die Modernisierung der Landwirtschaft voraus, ferner langfristige Preisgarantien seitens der Regierung, eine gemeinsame europäische Agrarpreispolitik, unter Ausschluß des heute noch üblichen sozialen Dumpings der überbevölkerten Länder, wie z. B. Italien, und schließlich eine Ausdehnung der vorhandenen Märkte.

Frage: Erhält damit die beabsichtigte Agrarunion besondere Bedeutung?

Antwort: Ohne Zweifel. Der französische Landwirtschaftsverband steht positiv hinter dem Plan der französischen Regierung und hofft, daß in möglichst kurzer Frist die zu seiner Verwirklichung erforderliche europäische Konferenz einberufen wird. Der sog. Pfimlinplan verfolgt ja bekanntlich das doppelte Ziel, langfristig die europäische Agrarerzeugung zu verbilligen und gleichzeitig für den erwarteten Mehrertrag ausreichende Absatzgebiete zu schaffen.

Interview mit dem Präsidenten des Unternehmerverbandes

Frage: Welche großen Richtlinien sollten die Wirtschaftspolitik des neuen Parlamentes bestimmen?

Antwort: Die Verstaatlichungen, so wie sie verwirklicht wurden, waren kein Erfolg. Finanziell belasten sie schwer den Staatshaushalt und sind weitgehend für die augenblickliche Zurückhaltung des Sparkapitals verantwortlich. Auf sozialer Ebene haben sie in keiner Weise zur Beseitigung der Konflikte geführt. Es ist daher erforderlich, der Privatwirtschaft die mit ihr konkurrierenden verstaatlichten Industriebetriebe zurückzugeben, die Verwaltungsräte der staatlichen Gesellschaften zu entpolitisieren,

durch eine gesunde Geschäftsführung ihr finanzielles Gleichgewicht sowie ihren Kredit wieder herzustellen und schließlich soziale Sonderrechte nur dem Teil der Belegschaft zuzugestehen, dessen besondere Tätigkeit es rechtfertigt. — Der seit 1945 eingeschlagene Weg von einem auf die genaue Berechnung der Risiken gegründeten Sozialversicherungssystem zu einer sozialen Sicherheit mit dem Grundsatz einer allgemeinen Neuverteilung des Volkseinkommens endete zwangsläufig in einer katastrophalen Unordnung. Die Unternehmerschaft war nie gegen den Grundsatz einer weitgehenden Deckung

der Risiken, die auf den Arbeitern lasten, sie ist aber über die zunehmende Belastung der Produktions- und Verteilungskosten durch einen steigenden indirekten Lohn beunruhigt, zumal der direkte Lohn dadurch unverhältnismäßig in den Hintergrund gedrängt wird. — Die Steuerreform muß eine bessere Verteilung der Steuerlast sicherstellen, denn diese benachteiligt zu sehr den produktiven Sektor und zehrt augenblicklich an der Substanz der Betriebe. — Die wenn auch unvollständig wiederhergestellte Wirtschaftsfreiheit darf nicht durch die Folgen der internationalen Spannung beeinträchtigt werden. In der Überwindung der gegebenen Schwierigkeiten und der Steigerung der Produktivität haben die Berufsorganisationen eine große Rolle zu spielen. Ihre Mitarbeit ist für die Behörden wichtiger als die Rückkehr zur Zwangswirtschaft.

Frage: Muß man Änderungen in der französischen Zoll- und Handelspolitik erwarten?

Antwort: Es wird sich nicht um Änderungen handeln, sondern um eine normale Weiterentwicklung. Die Liberalisierung des Warenaustausches im Rahmen der OEEC muß mit der Herstellung oder der Aufrechterhaltung von Zöllen, die der französischen Produktion einen vernünftigen Schutz sichern, verbunden werden. Erst wenn die Steuer- und Sozialsysteme der Nachbarländer harmonisiert und die Gesteungskosten vergleichbar sind, kommt eine schrittweise Herabsetzung der Zollsätze bis zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes in Frage.

Frage: Beeinflußt das Wahlergebnis die deutsch-franz. Wirtschaftsbeziehungen?

Antwort: Wenn es auch schwer ist, sich schon jetzt ein Bild von den Tendenzen des neuen Parlamentes zu machen, darf man vernünftigerweise annehmen, daß das Wahlergebnis die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen günstig beeinflusst. Auf diesem Gebiet ist es wünschenswert, daß die Berufsverbände der beiden Länder häufiger miteinander Fühlung nehmen und bestrebt sind, in beiden Ländern die wirtschaftlichen Bedingungen, zu harmonisieren.